

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niederwülten, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 280.

Verkaufpreis: Nr. 7.

Sonnabend, den 2. Dezember

Telegrammadresse:

1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwandauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckersmeisters Volkmar Schärer in Müllen St. Niclas wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Lichtenstein, den 28. November 1905.

Königliches Amtsgericht.

Stadtparkasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 6 Millionen Mark, Reservefonds 440 000 Mark, Geschäftszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich.

Einlegerzinsfuß

3 1/2 %

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Auf Wunsch erfolgen in der Regel Rückzahlungen von Einlagen ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Die Volksbibliothek zu Callenberg

ist Sonnabends und Mittwochs nachmittags 1—2 Uhr geöffnet.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigenbericht). nh. Berlin, 30. Nov. 1905

Der Auktat, den die Verhandlungen des Reichstages heute mit der Diskussion der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Fleischnot nahmen, war nicht sehr erquicklich. Insofern mit der Interpellation ein praktisches Ziel verfolgt wurde, lag das Resultat — ein negatives — sogleich nach der ersten Stunde klar vor Augen. Die Fraktion hatte den Reichskanzler gefragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Höhe der Fleischpreise herabzumindern. Graf Posadowski antwortete in Stellvertretung des Kanzlers mit Schweigen, das heißt also so viel wie: keine! Die Fraktion hatte den Reichskanzler weiter gefragt, ob er die Fleisch- und Viehzölle aufzuheben oder die Einfuhr ausländischen Fleisches — lebenden und geschlachteten — zu erleichtern gedenke. Graf Posadowski antwortete hierauf in denkbar kürzester und formellster Weise, indem er eine Erklärung des Reichskanzlers verlas, laut welcher dieser sich zwar ein Ueberwachungsrecht über die Grenzsperr reservierte, aber keine Veranlassung fände, die zum Schutze der deutschen Viehzucht getroffenen Bestimmungen abzuändern oder aufzuheben, zumal im bayrischen wie im sächsischen Landtage die Öffnung der Grenzen aus veterinärpolizeilichen Gründen als unmöglich erklärt worden ist.

Diese Haltung der Reichsregierung war selbstverständlich und niemand wird eine andere erwartet haben, höchstens konnte die Berufung der höchsten Reichsbehörde auf zwei Einzellanträge auffallen. Der praktische Zweck der Interpellation wäre sonach mit dieser kurzen Erklärung der Regierung erledigt gewesen; aber nun handelte es sich um eine Kennzeichnung der Stellung, die die einzelnen Parteien zu der vielbesprochenen Tagesfrage einnehmen. Natürlich konnte hierbei von einer Verständigung oder auch nur von einem Versuch oder dem guten Willen zu einer Verständigung ganz und gar keine Rede sein. Jede Fraktion hat ihren unverrückbar festen Standpunkt, und dieser nicht nur, sondern auch sämtliche Argumente sind seit Wochen und Monaten bekannt und in der Parteipresse in ausführlichster Weise abgehandelt worden, so daß der sachliche Teil der Ausführungen sämtlicher Redner nicht das mindeste Neue zutage förderte. Wohl aber widersprechen sich diese Argumente in vollkommenster Weise, und selbst die entgegengesetztesten Tatsachen wurden in die Arena geführt. Für den Vertreter der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Schiedemann, der die Interpellation begründete, ist die Fleischnot im Interesse der Agrarier künstlich hervorgerufen. Für den konservativen Vertreter, den Abgeordneten von Oldenburg, ist sie lediglich ein schnell vorübergehendes Produkt der Missernte in Kartoffeln im Jahre 1904. Für den liberalen Vertreter, den Abgeordneten Pol-Degny, ist es eine zweifelhafte Tatsache, daß der Fleischpreis in Deutschland von 1—2 Mt. höher steht, als in Dänemark, Holland, Frankreich ufm. Für den Vertreter des Zentrums, den Abg. Herold, ist es eine ebenso zweifelhafte Tatsache, daß der gegenwärtige Fleischpreis eine Folge einer internationalen Marktkonjunktur ist. Bei diesem absoluten Widerspruch der Meinungen und Behauptungen wirkten die Reden, so weit sie sachlich waren, ermüdend und lähmend auf die Zuhörer, und der Saal war infolge der

deffen zu Zeiten ganz geleert. Ein größeres Interesse erregten die persönlichen Angriffe und Verteidigungen, an denen es nicht fehlte. Die Rede des Landwirtschaftsministers von Boddieleski war eigentlich nur eine temperamentvolle Entgegnung auf die Angriffe der Gegner, der Presse und der Witzblätter, wobei er nichtdestoweniger nicht unterließ, nachdrücklich zu betonen, daß er sich nicht darum kümmere, was die Presse über ihn schreibt. Dennoch wußte er ganz genau, daß der Begründer der Interpellation alle gegen ihn in der Presse erhobenen Angriffe zusammengefaßt und dem Reichstage vorgelesen hätte, und da er dieses Vorgelegene „Gewäsch“ nannte, zu dessen Sprachrohr sich der Abgeordnete gemacht hätte, so geschah das ganz Ungewöhnliche, daß der Präsident, Graf Vallasstrem, die Ausdrucksweise des Ministers in schärfster Form als „der Ordnung dieses Hauses widersprechend“ erklärte.

Eine noch größere Aufmerksamkeit fand der Abgeordnete v. Oldenburg mit seinen fast ganz persönlichen, aber zweifellos witzigen Ausführungen; und die Heiterkeit, die er erregte, ließ ihm so viel Befallen an seinem Witz finden, daß der Präsident ihn fragen mußte, in wie weit die Produkte seines Humors mit dem Thema der Diskussion im Zusammenhange ständen. Morgen geht die unfruchtbare Diskussion weiter.

Politische Wochenschau „Rund um die Welt“.

O.-K. Ein nicht unbedeutendes Ereignis der letzten Woche war die Unterwerfung der Witbois in Deutschsüdwestafrika. Insgesamt 74 Männer und 44 Weiber haben sich nach der Depesche des Gouverneurs von Vindquist ergeben. Ein kleines Häuflein, aber ein bedeutungsvolles. Nun ist noch mit Morenga fertig zu werden und jetzt tritt die Frage heran, wie soll mit den Witbois und insbesondere ihren Anführern verfahren werden? Sollen sie kurzer Hand geköpft oder sollen sie, wie bereits empfohlen wurde, nur aus Südwestafrika fortjagt werden? Wir unsererseits sind der Meinung, daß sie weder geköpft noch fortjagt werden dürfen, daß sie vielmehr das größtmögliche Entgegenkommen erfahren müssen, nicht etwa aus reiner Humanitätsduselei, sondern aus wichtigen politischen Gründen. Deutschland muß durch Güte die südafrikanischen Schwarzen überzeugen, daß die deutsche Herrschaft eine für sie bessere ist, als die John Bulls, es muß dieselben ganz auf seine Seite bringen, damit sie im gegebenen Falle Schulter an Schulter mit Deutschland sind. Die Gefahr, daß England einmal einen Krieg mit Deutschland vom Zaune bricht, ist noch lange nicht vorbei. Entsteht wirklich ein solcher Krieg, so wird naturgemäß auch Südafrika nicht vom Kriege unbeeinflusst bleiben, ja gerade Südafrika wird einer der wichtigsten Aufgaben in einem Zukunftskriege mit England zufallen, denn stehen die Schwarzen Südafrikas, die sich ja durchaus nicht als Schwächlinge gezeigt haben, auf Seite Deutschlands, so ist die ganze südafrikanische Herrschaft aufs schwerste bedroht und um sie zu schützen, muß England notgedrungen seine Streitkräfte zerplündern. Treten dann gar noch die Buren auf die Seite Deutschlands, dann verschlechtert sich Englands Lage ganz gewaltig. Die Buren sind seiner Zeit preisgegeben worden, wäre dies nicht geschehen, so wäre ganze südafrikanische Feldzug Deutschland er-

spart geblieben und werden heute die südafrikanischen Schwarzen von Deutschland mit Güte behandelt, werden sie überzeugt, daß der Deutsche es versteht, Gnade für Recht ergehen zu lassen, daß er auch nicht einen der Führer um einen Kopf kürzer macht oder aus der Heimat verjagt, so sichert sich damit auch Deutschland die Schwarzen gegen England, dessen verwundbarste Stellen ja gerade Südafrika und Indien sind. Hoffentlich erweist sich Herr von Vindquist als ein weitblickiger Politiker und nicht nur als ein Regierungsmann. Wie England noch immer Deutschland gegenüber steht, erhellt aus einem Artikel des Londoner „Globe“. In diesem hieß es: „Das neue deutsche Marineprogramm sieht eine Flotte vor, die für die Reichssicherheit und den Schutz des deutschen Auslandshandels gänzlich überflüssig ist. Die deutsche Flotte reicht zur Verteidigung der Ost- und Nordseeküsten bereits vollkommen aus, jede weitere Vergrößerung kann also nur aggressive Pläne im Schilde führen“. Ja England will durchaus keine größere deutsche Flotte, weil damit für dasselbe die Ueberlegenheit zur See immer mehr schwindet und die Aussicht zu einem erfolgreichen Auseinandergehen der einzelnen Nationen immer geringer wird. Heute hegt England immer noch mit großem Erfolge. Die Wirkungen englischer Geopolitik werden sich gar bald auf dem Marokkologreß von neuem sichtbar zeigen, sie treten aber auch anderweitig klar zu Tage. Italien's Minister des Auswärtigen, Signo Tittoni, erklärte: „Der Dreieund kann die Voraussetzung nicht in sich schließen, daß Italien seine Seemacht gegen England aufbiete“. Diese Auslassung Tittonis wird sicher dementiert werden, daß aber in einem deutsch-englischen Kriege Italien nicht sofort für Deutschland Partei ergreifen wird, ist völlig zweifellos, denn nicht Italiens Regierung, wohl aber seine Presse ist stark von englischem und französischem Golde beeinflusst und Italiens Presse ist eine Macht, auf die wohl oder übel die Regierung Rücksicht zu nehmen hat. Nicht gerade allzu günstig denkt man jetzt auch in einsichtsvollen Kreisen Oesterreichs über England. Man bedauert, daß sich Oesterreich hat bewegen lassen, sich mit seiner Flotte an der Demonstration gegen die Türkei, diesem von England eingeschickten Abenteuer zu beteiligen und ist sehr mit Recht der Meinung, daß Bolshakowski besser daran getan hätte, den Fußstapfen Bilkows zu folgen, als Vandowne's Handlanger zu sein, da die Beteiligung Oesterreichs nur seinen Einfluß am Goldenen Horn schwächen, ja gegebenenfalls ganz vernichten kann. Hoffentlich weiß Oesterreich sich noch zur rechten Zeit dem englischen Garn zu entziehen, denn es soll eben ja nur allein für John Bull die Kohlen aus dem Feuer holen. Dies geht nämlich auch klar aus einer Auslassung des „Standard“ hervor. In dieser hieß es: „Die Notwendigkeit gegen die Türkei schärfere Mittel anzuwenden, kann eintreten. Wir hören, daß in einem solchen Falle die Mächte Oesterreichs bevollmächtigen würden, die militärischen Schritte zu tun, die notwendig sind, um die in Vorschlag gebrachten Reformen in Mazedonien durchzuführen“. Oesterreich soll also zu Lande gegen die Türken auftreten, damit eben der ganze Haß der türkischen Bevölkerung Oesterreich, nicht aber England, den eigentlichen Störenfried trifft. In der Türkei ist heut nicht nur der Sultan, sondern die ganze muslimännische Bevölkerung aufs äußerste

Uhr.

Preise für
Wir bitten

rg.

Brüder
ernhard.

s Piano,

iswert 3 verl.
ben, Blausou,
ahr 2.

elm.

er
onzert

naltz.
n Gewandhaus-

von Weber.
von Mozart für
r von Heydn.
ng von Offen-
price für Oboe
kowski.

rk bei Herrn
à 80 Pfg. bei
htenstein und

(pünktlich).

ll.

. Lorenz.

ndorf.

ertrag

seine Welt-
f Erdteile.

35 Pfg.

Kanz und
o Kal.
Wagner

ndorf.

statt meines

sen und

tt,

benst einlade.

ndolph.

che:

Hosen,

üige.

Größen.

te Preise.

r,

Laden

lage per Neu-

Maletmeister

Brüder

ernhard.